

Claus Neukirch

Krisenmanagement – Wiederaufnahme des Prozesses: die OSZE-Mission in Moldau 2004/2005

Die Arbeit der OSZE-Mission in Moldau in den Jahren 2004 und 2005 konzentrierte sich vor allem auf zwei Aufgaben: die Wiederaufnahme des Prozesses zur politischen Beilegung des Konflikts zwischen der moldauischen Regierung und den Behörden in Moldaus abtrünniger Region Transnistrien sowie die Lösung einer Reihe kleinerer, aber potenziell destabilisierender Krisen.

Ein Rückblick: Der Abbruch des Prozesses im Jahr 2003

Der Konfliktlösungsprozess kam im November 2003 zum Erliegen, als Moldaus Präsident Vladimir Voronin sich in letzter Minute entschloss, das so genannte Kosak-Memorandum nicht zu unterzeichnen. Dieses war im Spätsommer bzw. Frühherbst 2003 unter der Vermittlung des damaligen stellvertretenden Leiters der russischen Präsidentschaftsverwaltung Dmitri Kosak auf Bitten Chişinău zustande gekommen.

Die OSZE war an diesen Verhandlungen, die von moldauischen, russischen und transnistrischen Vertretern parallel zu dem so genannten fünfseitigen Verhandlungsprozess geführt wurden, nicht beteiligt. An letzterem nehmen neben Moldau und Transnistrien die Russische Föderation, die Ukraine und die OSZE als Vermittler teil. Im Laufe des Herbstes 2003 trafen OSZE-Vertreter mehrfach mit Kosak und Vertretern Moldaus zusammen, um zu erkunden, ob sich die Vermittlungsbemühungen bündeln ließen. Die Bemühungen verliefen jedoch bis November 2003 getrennt, als sowohl Kosak als auch die moldauische Regierung die OSZE darum baten, den Text des fertigen Memorandums zu billigen. Dazu sah sich die OSZE jedoch außer Stande, da mehrere Teilnehmerstaaten erhebliche Vorbehalte gegenüber einigen Bestimmungen des Memorandums geäußert hatten, so z.B. mangelnde Klarheit hinsichtlich der Verteilung der Kompetenzen zwischen Zentral- und Regionalbehörden, das faktische Vetorecht Transnistriens im Senat bis mindestens 2015 sowie ein unzureichendes multinationales Garantiesystem.¹

1 Vgl. OSCE Press Release, 24. November 2003, unter: <http://www.osce.org/item/7932.html>.

Die Wiederaufnahme des Prozesses – der erste Versuch

Angesichts des heftigen Widerstands gegen den Vorschlag im eigenen Land und der begrenzten internationalen Unterstützung für den Plan entschloss sich Präsident Voronin letztlich, das Kosak-Memorandum nicht zu unterzeichnen. Der Konfliktlösungsprozess war damit zum Erliegen gekommen.

In der ersten Januarhälfte 2004 führte die OSZE-Mission Beratungen über die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine politische Lösung mit moldauischen und transnistrischen Verhandlungspartnern sowie mit den Vermittlern aus der Russischen Föderation und der Ukraine. Die Beratungen wurden im Rahmen eines vom bulgarischen OSZE-Vorsitz organisierten Mediatorentreffens am 26. und 27. Januar 2004 in Sofia fortgesetzt. Auf diesem Treffen beschlossen die Vermittler, beiden Seiten „Vorschläge und Empfehlungen der Vermittler aus der OSZE, der Russischen Föderation und der Ukraine über die Lösung des Transnistrienproblems“ vorzulegen, die Vertreter der Mediatoren bereits im Oktober/November 2003 ausgearbeitet hatten.²

Das von der OSZE initiierte „Dokument der Mediatoren“ enthielt einen konkreten Vorschlag zur Verteilung der Kompetenzen zwischen Transnistrien und der Zentralregierung und war als Arbeitsgrundlage für die moldauisch-transnistrische Gemeinsame Verfassungskommission erarbeitet worden. Die Kommission war im Mai 2003 aufgrund einer früheren Initiative Präsident Voronins dazu eingerichtet worden, den Konflikt durch die Verabschiedung einer neuen Verfassung beizulegen, durch die das Land in eine Föderation umgewandelt werden sollte.

Obwohl die Gemeinsame Verfassungskommission nach der Nichtunterzeichnung des Kosak-Memorandums nicht mehr zusammentrat und auch der fünfseitige Verhandlungsprozess blockiert blieb, befürwortete die moldauische Seite zu Beginn des Jahres 2004 zunächst weiterhin eine föderale Lösung und nahm sogar große Teile des abgelehnten Kosak-Memorandums in ein Dokument auf, das den Vermittlern Anfang Februar 2004 als Antwort auf ihren Vorschlag präsentiert wurde. Die transnistrische Seite zeigte hingegen keinerlei Kompromissbereitschaft in Dingen, die sie mit ihrer Zustimmung zu dem Memorandum bereits akzeptiert hatte, und begann sogar, sich für eine „Vertragsföderation“ stark zu machen – eine Lösung, die eher einer Konföderation ähnelt und daher weder für Moldau noch für die OSZE akzeptabel ist.

Die Verhandlungen blieben also praktisch festgefahren und erst Ende April 2004 gelang es den Vermittlern, beide Seiten wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Auf dem fünfseitigen Treffen am 26. und 27. April 2004 in den Büros der OSZE-Mission in Chişinău und Tiraspol verständigten sich die fünf Teilnehmer auf einen Arbeitsplan für die Verhandlungen über eine politische Lösung bis Ende 2004, der monatliche fünfseitige Treffen vorsah. Die moldauischen und transnistrischen Verhandlungspartner vereinbarten darüber

2 Der Text des Dokuments findet sich unter: http://www1.osce.org/documents/mm/2004/02/2079_en.pdf.

hinaus, ihre regelmäßigen bilateralen Kontakte ebenso wieder aufzunehmen wie regelmäßige Treffen der Arbeitsgruppen auf Expertenebene. Das folgende Treffen am 25./26. Mai blieb jedoch ohne greifbares Ergebnis und die Sitzung am 23./24. Juni wurde durch die Abwesenheit des transnistrischen Verhandlungspartners zum Scheitern gebracht. Schließlich brach der Verhandlungsprozess über eine politische Lösung völlig zusammen, als die transnistrischen Behörden Mitte Juli gewaltsam die moldauischen Schulen in Transnistrien schlossen, die Rumänisch/Moldauisch in lateinischer Schrift unterrichteten. Die moldauische Delegation setzte daraufhin ihre Teilnahme an den Verhandlungen über eine politische Regelung aus und rückte von der Idee einer föderalen Lösung ab.

Der Meinungsumschwung auf moldauischer Seite, die das Dokument der Mediatoren im Juni offiziell gebilligt hatte, macht einige der darin enthaltenen Bestimmungen unbrauchbar. Nach Ansicht der OSZE-Mission enthält das Dokument jedoch noch immer einen sehr sinnvollen Vorschlag für eine konkrete Kompetenzverteilung zwischen der Zentralregierung in Chişinău und den regionalen Behörden in Tiraspol, der für die Ausarbeitung einer dauerhaften politischen Lösung mit einem Sonderstatus für die Region Transnistrien bei gleichzeitiger Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität Moldaus genutzt werden kann.

Die Regelung der Schulkrise

Die Beziehungen zwischen Tiraspol und Chişinău waren 2004 über Monate gespannt und die Verhandlungen über eine politische Lösung wurden immer wieder von zeitweise explosiven Auseinandersetzungen über widersprüchliche Kompetenzen oder sich überschneidende Zuständigkeiten lokaler Verwaltungsorgane unterbrochen. Die Anwesenheit moldauischer Regierungsinstitutionen in der transnistrisch kontrollierten Stadt Bender am rechten Ufer des Nistru (Dnjestr) war beispielsweise eine ständige Ursache von Reibereien. Bereits im Februar hatten die transnistrischen Behörden versucht, die moldauische Polizei aus dem Gebäude in Bender zu vertreiben, das sie sich mit der transnistrischen Miliz teilt. Die Stadtverwaltung drängte auch auf die Entfernung moldauischer Strafanstalten aus der Stadt. Was am meisten Unruhe stiftete, war jedoch die bereits erwähnte Schließung moldauischer Schulen in Transnistrien, die in lateinischer Schrift unterrichteten.

Die Misere der moldauischen Schulen in Transnistrien steht schon seit Beginn des Jahres 1993 weit oben auf der Agenda der OSZE-Mission und des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM). Nachdem sie ihre *De-facto*-Kontrolle über das Gebiet links des Nistru gefestigt hatten, hatten die transnistrischen Behörden entsprechend der sowjetischen Nationalitätenpolitik, Moldauisch (in Wirklichkeit Rumänisch) in kyrillischer Schrift als eine sich vom Rumänischen unterscheidende Sprache zu betrach-

ten, das kyrillische Alphabet wieder eingeführt. Sechs der 39 moldauischen Schulen in der Region Transnistrien hielten jedoch im Unterricht am Gebrauch der lateinischen Schrift, zu der Moldau 1989 in Übereinstimmung mit dem Lehrplan des moldauischen Erziehungsministeriums zurückgekehrt war, fest. Unbeeindruckt von den ständigen Einschüchterungen der lokalen Behörden unterrichteten die Lehrer so gut sie können über 4.000 Schüler in ihrer Muttersprache.

Die unsichere Lage stellt moldauische Eltern vor ein Dilemma. Melden sie ihre Kinder in einer der Schulen an, die nach moldauischen Lehrplänen unterrichten und die lateinische Schrift benutzen, laufen sie Gefahr, von den regionalen Sicherheitsdiensten bedroht zu werden und setzen ihren Arbeitsplatz aufs Spiel. Ihre Kinder in eine der 33 transnistrischen Schulen zu schicken, die ihre Muttersprache in Kyrillisch unterrichten, ist nicht gerade eine attraktive Alternative: Diese Schulen richten sich nach veralteten Lehrplänen und benutzen Schulbücher, die vorwiegend noch aus der Sowjetzeit stammen. Da es nirgendwo auf der Welt – nicht einmal in Transnistrien – Hochschulen oder Universitäten gibt, die Rumänisch in kyrillischer Schrift unterrichten, beraubt das Beharren der transnistrischen Behörden auf der kyrillischen Schrift moldauische Kinder ihres Rechts auf höhere Bildung in ihrer Muttersprache.

Seit 1994 beginnt jedes Schuljahr mit Unruhe und Ungewissheit darüber, ob die Schulen die Erlaubnis erhalten, wieder zu öffnen. Entsprechend verstärkt die OSZE-Mission, unterstützt vom Büro des HKNM, ihre ganzjährigen Vermittlungsbemühungen jeden Sommer, um den Betrieb der Schulen weiterhin zu ermöglichen.

Im Jahr 2003 konnte unter Vermittlung von Experten des Büros des HKNM und der OSZE-Mission ein Durchbruch in Form einer umfassenden Übereinkunft erzielt werden, durch die der Status der sechs moldauischen Schulen von öffentlichen in private Lehranstalten geändert worden wäre, deren Finanzierung die moldauische Zentralregierung übernommen hätte. Radikale Kreise der transnistrischen Führung lehnten jedoch eine Verständigung ab und nahmen von der bereits vereinbarten Kompromisslösung wieder Abstand.

Am 15. Juli 2004 stürmten Angehörige der transnistrischen Miliz die moldauische Schule in Tiraspol, zerstörten Teile des Gebäudes, räumten das Mobiliar, Schulbücher und Archive aus und erklärten die Einrichtung und weiteres Eigentum der Schule für beschlagnahmt. Die transnistrischen Behörden erklärten auch die in Lateinschrift unterrichtenden Schulen in Bender und Rîbnița (Rybniza) für geschlossen und stellten ihnen die Strom-, Wasser- und Gasversorgung ab. Einkreist von Sicherheitskräften nahmen es Eltern, Schüler und Lehrer auf sich, ihre Schulen Tag und Nacht zu bewachen.

Um die explosive Lage zu entschärfen, wechselten sich die Mitglieder der OSZE-Mission mit Unterstützung einiger Kollegen aus dem Sekretariat dabei ab, die Schulen in Bender und Rîbnița sieben Tage in der Woche von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zu beobachten. Unter den wachsamen Au-

gen der transnistrischen Sicherheitskräfte und obwohl sie von diesen behindert wurden, versorgten sie die belagerten Kinder des moldauischen Waisenhauses in Bender, die trotz unerträglicher hygienischer Zustände über einen Monat aushielten, mit Lebensmitteln und Trinkwasser.

Unterdessen setzte die Mission ihre Bemühungen um Gespräche mit den lokalen Behörden über die Bedingungen eines Abzugs der Miliz und die Wiedereröffnung der Schulen fort – vergeblich, da sich die Behörden strikt weigerten, überhaupt Verhandlungen aufzunehmen. Am 29. Juli stürmte die transnistrische Miliz auch die Schule in Rîbnița.

Während sich die Spannungen verschärften, hielt die internationale Gemeinschaft unverändert an der Position fest, dass die transnistrischen Behörden in irgendeiner Form Kompromissbereitschaft zeigen müssten. Die OSZE-Teilnehmerstaaten verurteilten das einseitige Vorgehen Transnistriens und verfolgten die Krise mit unverminderter Aufmerksamkeit. Die Delegationen forderten die Russische Föderation und die Ukraine auf, ihren Einfluss geltend zu machen und Druck auf die transnistrische Führung auszuüben.

Leitende Mitarbeiter der OSZE-Mission und Sonderbeauftragte des Amtierenden OSZE-Vorsitzenden, der Russischen Föderation und der Ukraine betrieben eine intensive Pendeldiplomatie zwischen der moldauischen Regierung und den separatistischen Behörden und drängten auf einen Ausweg aus der Sackgasse.

Ende August begannen der internationale Druck und die Gefahr örtlicher Unruhen endlich Wirkung auf die transnistrischen Behörden zu zeigen. Sie erklärten sich einverstanden, den Schulen für ein Jahr den Status von Privatschulen zu verleihen, der es ihnen ermöglichte, nach moldauischen Lehrplänen zu unterrichten und die lateinische Schrift zu benutzen. In vier der sechs Schulen begann das neue Schuljahr – wie vorgesehen – am 1. September 2004; die Schule in Rîbnița folgte im Oktober. Die Schüler in Rîbnița mussten jedoch in einen ehemaligen Kindergarten umziehen, da ihr Schulgebäude von den transnistrischen Behörden nach wie vor konfisziert war.

Auch für die über 500 Schülerinnen und Schüler der Schule in Tiraspol blieb die Situation schwierig. Über fünf Monate lang mussten sie weite Wege in Kauf nehmen und Schulen in Nachbarorten besuchen, während ihre Schule repariert wurde. Die Schule wurde schließlich am 7. Februar 2005 wieder eröffnet.

Im Laufe des Jahres 2005 setzte die OSZE-Mission ihre Bemühungen um eine dauerhafte Lösung der Schulfrage unvermindert fort. Am 28. Februar fand die erste von insgesamt neun Verhandlungsrunden zwischen Bildungsexperten aus Tiraspol und Chișinău statt, die von der OSZE-Mission organisiert wurden. Am 1. Juli führten die Verhandlungen dazu, dass die moldauischen Schulen, die 2004 befristet zugelassen worden waren, von den transnistrischen Behörden nun eine dauerhafte Zulassung erhielten. Es sind zwar noch weitere Verhandlungen nötig, um verbliebene offene Fragen wie gemeinsame Lehrpläne für strittige Fächer sowie Lizenzen und Akkreditierung

gen durch örtliche Behörden zu klären, die Schulen konnten jedoch das Schuljahr 2005/2006 planmäßig beginnen.

Weitere Krisen: Belagerung von Eisenbahnen und Bauern

Die Schulkrise war jedoch nicht die einzige Krise im Jahr 2004, die sofortige Aufmerksamkeit und ein unverzügliches Krisenmanagement erforderte. Als Reaktion auf die Schließung der Schulen zog sich die moldauische Seite nicht nur aus den Verhandlungen zurück, sondern setzte auch die befristete Registrierung aus, die es transnistrischen Unternehmen ermöglicht hatte, in den Genuss moldauischer Handelserleichterungen zu kommen. Daraufhin blockierte die transnistrische Miliz am 3. August Bahnlinien in Bender. Diese verbinden nicht nur Moldau mit der Ukraine und dem Hafen von Odessa, sondern auch das nördliche und das südliche Eisenbahnnetz Moldaus miteinander. Am 5. August hoben die transnistrischen Behörden – Berichten zufolge nach Telefongesprächen zwischen dem ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma, dem Ministerpräsidenten Moldaus Vasile Tarlev und dem transnistrischen Führer Igor Smirnow – die Schienenblockade wieder auf. Die transnistrischen Behörden begannen jedoch unverzüglich mit der Einrichtung einer eigenen parallelen Eisenbahnverwaltung.

Am 6. September 2004 begannen Einheiten der transnistrischen Miliz, unterstützt von Spezialeinheiten, Eisenbahnanlagen in Bender und anderen Orten unter transnistrische Kontrolle zu bringen. Zwei Tage später verkündeten die transnistrischen Behörden, die Einrichtung einer eigenen „staatlichen“ Gesellschaft, der „Transnistrischen Eisenbahn“, sei abgeschlossen. Bis dahin war die „Moldauische Eisenbahngesellschaft“ ungeachtet des Krieges von 1992 als gesamtstaatliches Unternehmen beiderseits des Nistru betrieben worden.

Wie bei den Schulen beobachtete die OSZE-Mission auch die Bahnkrise von Beginn an genau. Missionsteams beobachteten täglich die Entwicklungen vor Ort, sammelten zusätzliche Informationen und erstatteten Bericht. Die Mission konnte so den OSZE-Vorsitz, die Delegationen in Wien, aber auch interessierte Medien mit sachkundigen und objektiven Informationen versorgen.

Im Laufe des Sommers verstärkten die transnistrischen Behörden auch den Druck auf sieben Ortschaften, die auf der linken Seite des Nistru um Dubăsari liegen, aber noch von Chişinău kontrolliert werden. Von den zusammen 11.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, die zu diesen Dörfern gehören, liegen 6.300 Hektar auf der transnistrischen Seite. Besonders betroffen sind Dorotcaia und die kleine Siedlung Vasilievca, wobei Letztere tief in transnistrisch kontrolliertem Territorium liegt. Das gesamte Ackerland Vasilievcas und etwa 85 Prozent des Landes von Dorotcaia liegen hinter der Kontrolllinie auf transnistrischem Gebiet.

Die Situation der Bauern, die dieses Land bewirtschaften, war seit dem Konflikt von 1992 nie einfach gewesen, seit 2003 aber üben die transnistrischen Behörden – deren offizielle Position die ist, dass die Grenze zwischen dem nicht anerkannten transnistrischen Staat und Moldau der Nistru ist – immer stärkeren Druck auf sie aus. Um die transnistrischen Kontrollstellen herum, die Ende der 1990er Jahre an der Kontrolllinie eingerichtet worden waren, wurden Gräben gezogen, um den Bauern den Zugang zu ihrem Land zu verwehren. Da sie ihre Ernte nicht einbringen konnten, erlitten die Bauern schwere Verluste.

Die Situation verschärfte sich am 23. Oktober 2004 weiter, nachdem die transnistrischen Behörden damit begonnen hatten, den Kontrollpunkt Dorotcaia zu einem Zollposten auszubauen. Wütende Bauern und moldauische Polizei versuchten am Ort des Geschehens, die Ausweitung zu verhindern. Die transnistrischen Behörden reagierten mit der Entsendung von mit Maschinengewehren bewaffneten Spezialeinheiten, was Moldau umgehend dazu veranlasste, seinerseits eine schwer bewaffnete schnelle Eingreiftruppe dorthin zu schicken. Eine Eskalation konnte durch einen Kompromiss verhindert werden. Beide Seiten zogen ab, und der Posten blieb vorerst wie er war. Welchen Status der Kontrollpunkt zukünftig haben sollte, konnte jedoch nicht geklärt werden. Folglich blieb die Lage instabil und die reguläre Arbeit der Gemeinsamen Kontrollkommission – des Gremiums, das das Waffenstillstandsabkommen von 1992 überwacht – kam praktisch zum Erliegen.

Im April 2005, als die Zeit der Aussaat begann, drohte der Konflikt erneut zu eskalieren. Am Morgen des 6. April versuchten zwei Traktoren aus Dorotcaia auf transnistrisches Gebiet zu gelangen, wurden jedoch von transnistrischen „Grenzschützern“ daran gehindert. Die Fahrer weigerten sich jedoch umzukehren und die Lage begann zu eskalieren. Am Mittag standen sich aufgebrachte Bauern und moldauische Polizei auf der einen und transnistrische Grenzschützer, Zollbeamte und Milizionäre auf der anderen Seite Auge in Auge gegenüber. Mit Unterstützung von Mitarbeitern der OSZE-Mission, die seit Ende März tägliche Patrouillen in dem Gebiet durchführt, beschlossen beide Seiten abzuziehen und die Verhandlungen zu diesem Thema wieder aufzunehmen.

Wieder einmal war die OSZE-Mission als einzige der internationalen Organisationen, die die Situation beobachteten, in der Lage, die Rolle einer neutralen Drittpartei zu übernehmen und objektive Berichte über die Lage vor Ort zu liefern. Die Präsenz der OSZE-Teams wirkt darüber hinaus beruhigend, da beide Seiten wissen, dass sie tatsächlich von der internationalen Gemeinschaft beobachtet werden. Der transnistrische Zoll hat möglicherweise nur aufgrund der Anwesenheit der OSZE einige Male davon abgesehen, Traktoren zu beschlagnahmen.

In ihrer Eigenschaft als Vermittler arrangierte die OSZE-Mission Treffen auf verschiedenen Ebenen, so z.B. auch zwischen dem moldauischen Minister für Reintegration Vasile Şova und dem transnistrischen Chefunterhändler Waleri

Lizkai. Die Vermittler – die OSZE, Russland und die Ukraine – sprachen das Thema auch gegenüber dem transnistrischen Führer Igor Smirnow an. Im Verlauf dieser Verhandlungen zeichnete sich ein zeitlich befristeter Kompromiss ab, der es den Bauern ermöglichen würde, ihr Land bis Ende des Jahres zu bewirtschaften, wofür sie eine geringfügige Steuer zu entrichten hätten. Diese Abmachung wurde bislang von der transnistrischen Seite schlicht ignoriert, der Zugang wird von ihr weiterhin verwehrt.

Im Endeffekt war das Jahr 2005 für die Bauern fast ein Totalverlust. Ohne Einkommen sind sie derzeit weitgehend von humanitärer Hilfe abhängig. Die OSZE-Mission konnte zwar verhindern, dass der Konflikt außer Kontrolle gerät; eine langfristige Lösung ist jedoch noch nicht in Sicht. Die Mission beobachtet daher die Felder von Dorotcaia weiter und übt auch weiterhin Druck auf die transnistrischen Behörden aus bis eine Lösung erreicht ist, die es den Bauern erlaubt, ihre Felder zu bewirtschaften und ihre Ernte einzubringen.

Wiederaufnahme des Prozesses inmitten der Krise

Während die OSZE-Mission größte Anstrengungen unternahm, eine Eskalation der Krise zu verhindern, bemühte sie sich in all den Wochen und Monaten gleichzeitig auch weiterhin um die Fortsetzung des Dialogs zwischen beiden Seiten. Der bulgarische und der slowenische OSZE-Vorsitz unterstützten diese Bemühungen. Eine seiner ersten Reisen als Amtierender Vorsitzender der OSZE im Jahr 2005 führte Sloweniens Außenminister Dimitrij Rupel nach Moldau. Der Amtierende Vorsitzende des Jahres 2004, der bulgarische Außenminister Solomon Passy, besuchte Moldau im Juni 2004. Bulgariens erster stellvertretender Außenminister Petko Draganow reiste Ende Juli überraschend nach Moldau und im September wurde der ehemalige bulgarische Staatspräsident Petar Stojanow zum Sondergesandten des OSZE-Vorsitzes für Moldau bestellt. Er nahm Gespräche mit den Führungen beider Seiten auf, um beim Abbau der Spannungen zu helfen.

Das gegenseitige Misstrauen zu überwinden erwies sich jedoch als schwierige Aufgabe. Nach einem Treffen der Vermittler am 11. und 12. Oktober 2004 in Sofia, auf dem die drei Vermittler ihre Besorgnis über die Unterbrechung des Verhandlungsprozesses zum Ausdruck gebracht und die sofortige Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Chişinău und Tiraspol gefordert hatten, nahmen die moldauischen und transnistrischen Vertreter eine Einladung zu Konsultationen mit den Mediatoren in Warna am 8. und 9. November 2004 an. Es war das erste Mal nach fast einem halben Jahr, dass beide Seiten zu einem direkten Meinungsaustausch über die aktuelle Krise und mögliche Schritte zur Vertrauensbildung zusammenkamen. Abgesehen von der Verpflichtung, den Konflikt endgültig auf dem Verhandlungsweg beizulegen, führten weder die Beratungen in Warna noch Konsultationen in Odessa am

25. und 26. Januar 2005 zu greifbaren Ergebnissen. Die Atmosphäre zwischen Chişinău und Tiraspol blieb gespannt und die am 6. März 2005 folgenden Parlamentswahlen in Moldau verringerten die Chancen auf einen Neubeginn substanzieller Verhandlungen zwischen Tiraspol und Chişinău weiter.

Die Orange Revolution in der Ukraine und neue Initiativen in Moldau

Nach dem Regierungswechsel in Kiew infolge der Orangen Revolution und der Wiederwahl der Regierung in den Parlamentswahlen in Moldau ergaben sich neue Chancen für eine politische Lösung. Am 7. April 2005 vereinbarten die Vermittler auf einem Treffen in Ljubljana mehrere Schritte, die zu einer zügigen Wiederaufnahme der Verhandlungen beitragen sollten, und luden die politischen Vertreter Chişinăus und Tiraspols zu einem Treffen mit den drei Vermittlern am 16. und 17. Mai nach Winniza in der Ukraine ein, bei dem die Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Lösung des Transnistrienproblems diskutiert werden sollten.

Bei den Gesprächen in Winniza legte die Ukraine einen neuen Plan für die Lösung des Transnistrienproblems vor. Eine erste ukrainische Initiative hatte der ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko am 22. April auf dem GUUAM³-Gipfel in Chişinău präsentiert. Sie enthielt sieben Schritte zur Lösung des Transnistrienproblems: 1. Die transnistrischen Behörden sollen die Voraussetzungen für die Entwicklung von Demokratie, einer Zivilgesellschaft und eines Mehrparteiensystems schaffen. 2. In naher Zukunft sollen freie und demokratische Wahlen zum Obersten Sowjet Transnistriens stattfinden. 3. Diese Wahlen sollen von der EU, der OSZE, dem Europarat, Russland, den USA und anderen demokratischen Staaten, darunter die Ukraine, beobachtet werden. 4. Die Ukraine unterstützt die Absicht der EU und der USA, sich an der Konfliktbeilegung zu beteiligen. 5. Die derzeitige *Peacekeeping*-Operation soll in eine internationale Mission bestehend aus zivilen und militärischen Beobachtern unter der Ägide der OSZE überführt werden; die Zahl der ukrainischen Militärbeobachter in der Region soll erhöht werden. 6. Die transnistrischen Behörden sollen einer internationalen Beobachtermission – unter Einschluss ukrainischer Experten – den Zugang zu militärisch-industriellen Unternehmen in der Region Transnistrien gestatten. 7. Die Ukraine gibt ihre Zustimmung zur Durchführung einer kurzfristigen OSZE-Beobachtungsmision auf ukrainischem Territorium mit dem Ziel, die Bewegung von Waren und Personen über die ukrainisch-moldauische Grenze zu überwachen.

Der letzte Punkt wurde durch ein gemeinsames Schreiben des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko und des moldauischen Präsidenten Voronin an den Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und den

3 Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidshan, Moldau. Usbekistan hat die Gruppe inzwischen verlassen.

Hohen Repräsentanten der EU Javier Solana *de facto* abgeändert. In dem Schreiben vom 2. Juni 2005 ersuchen die beiden Präsidenten um technische Hilfe, Kapazitätsaufbau und die Einrichtung einer Grenzüberwachungsoperation durch die EU. Die EU beantwortete das Schreiben am 19. Juli grundsätzlich positiv und entsandte Ende August eine Bedarfsermittlungsmission nach Moldau und in die Ukraine. Im Anschluss an die Erhebung schritten die weiteren Vorbereitungen zügig voran und am 1. Dezember konnte die EU-Grenzmission Moldau/Ukraine (*EU Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine*, EU BAM) offiziell ihre Arbeit aufnehmen. Der EU BAM gehören 69 Experten aus EU-Mitgliedstaaten für die Bereiche Zoll, Polizei und Grenzschutz an; ihr Mandat ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Sie hat die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit der OSZE die Regierungen Moldaus und der Ukraine bei der Koordinierung ihres Vorgehens zu unterstützen und sie in Grenz-, Zoll- und Steuerfragen zu beraten. Sie hilft und berät bei Fragen im Zusammenhang mit der Kontrolle und Überprüfung des Güter- und Personenverkehrs, einschließlich der Erhebung von Zöllen und der Verbuchung von Zolleinnahmen sowohl an der Grenze als auch in Zoll- und Polizeistationen im Landesinnern.⁴

Konkretere Vorschläge zur Konfliktbeilegung als solcher enthielt der so genannte Juschtschenko-Plan, den die Ukraine den Konfliktparteien auf dem Treffen in Winniza offiziell vorlegte. Danach soll die Beilegung des Transnistrienkonflikts in drei Stufen erfolgen. In der ersten Phase soll das moldauische Parlament ein Gesetz über die Grundprinzipien des Status der Region Transnistrien verabschieden; in Transnistrien selbst sollen freie, transparente und demokratische Wahlen zum transnistrischen Obersten Sowjet unter internationaler Kontrolle stattfinden. In der zweiten Phase soll ein Ausschuss des moldauischen Parlaments, dem auch Mitglieder des neu gewählten transnistrischen Obersten Sowjets angehören sollen, ein detaillierteres Gesetz über die besondere Rechtsstellung der Region Transnistrien ausarbeiten. In der dritten Phase sollen die Parteien gemeinsam mit den zukünftigen Garantemächten – Russland und die Ukraine – sowie mit der OSZE und mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union ein Abkommen über die Garantien für die Einhaltung des Gesetzes durch Moldau ausarbeiten. Gemäß dem ukrainischen Plan tritt das Gesetz in Kraft, sobald ein solches Übereinkommen erzielt wurde.

Ein weiteres Thema, das in Winniza diskutiert wurde, war die Frage einer möglichen Erweiterung des Verhandlungsformats. Die moldauische Seite schlug vor, zum nächsten Treffen Vertreter der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten einzuladen. Die EU hat in den letzten Jahren Moldau tatsächlich immer größere Aufmerksamkeit geschenkt und am 16. März 2005

4 Vgl. Memorandum of Understanding between the European Commission, the Government of the Republic of Moldova and the Government of Ukraine on the European Commission Border Assistance Mission to the Republic of Moldova and Ukraine, Palanca, 7. Oktober 2005.

den niederländischen Diplomaten Adriaan Jacobovits de Szeged zum Sonderbeauftragten der Europäischen Union für die Republik Moldau ernannt, um so „für einen verstärkten Beitrag der EU zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts im Einklang mit den vereinbarten Zielen der EU-Politik und in enger Zusammenarbeit mit der OSZE zu sorgen“.⁵ Auch das US-Außenministerium hat seine Bereitschaft signalisiert, seinen Sonderunterhändler für eurasiatische Konflikte, Botschafter Steve Mann, an den Gesprächen zur Lösung des Transnistrienkonflikts teilnehmen zu lassen.

Obwohl die Ukraine und die OSZE die moldauische Initiative unterstützen, konnte zwischen den Teilnehmern kein Konsens über ein Treffen in diesem erweiterten Format gefunden werden. Die Vermittler trafen in den folgenden Monaten in Bratislava, Wien und Chişinău erneut zusammen und führten Anfang August getrennte Gespräche mit den Vertretern Moldaus und Transnistriens. Über die Fragen wie, in welcher Eigenschaft und mit welchen Rechten und Pflichten die Sondergesandten der EU und der USA an den Gesprächen teilnehmen könnten, konnte jedoch keine Einigung erzielt werden.

Nach weiteren Beratungen konnte die Frage schließlich auf einem Treffen der drei Vermittler mit den politischen Vertretern der moldauischen und der transnistrischen Seite am 26. und 27. September in Odessa geklärt werden. In einem am Ende des Treffens unterzeichneten Dokument begrüßten die fünf Teilnehmer die zukünftige Beteiligung der EU und der USA an den Verhandlungen als Beobachter, einigten sich auf ein Protokoll, in dem die Rechte und Pflichten der Beobachter entsprechend einem Vorschlag der OSZE festgehalten werden, und beschlossen, die nächste Verhandlungsrunde im neuen „5+2-Format“ am 27. und 28. Oktober in Chişinău und Tiraspol durchzuführen. Der Beobachterstatus unterscheidet sich nur geringfügig vom Status eines Vermittlers – der einzige praktische Unterschied besteht darin, dass die Beobachter die Protokolle der „5+2-Treffen“ nicht mit unterzeichnen – und ermöglicht der EU und den USA die volle und gleichwertige Teilnahme an den Verhandlungen.

Dank der erfolgreichen Beratungen in Odessa konnte der Verhandlungsprozess nach einer Unterbrechung von mehr als 15 Monaten am 27. und 28. Oktober mit Treffen in Chişinău und Tiraspol wieder in Gang gebracht werden. In der Zwischenzeit hatte das moldauische Parlament wichtige Schritte im Hinblick auf den ukrainischen Konfliktlösungsplan unternommen.

Die Implementierung des Juschtschenko-Plans durch das moldauische Parlament

In einer Sondersitzung am 10. Juni 2005 nahm das moldauische Parlament einstimmig eine „Erklärung über die Initiative der Ukraine zur Beilegung des

5 Rat der Europäischen Union, Brüssel 23. März 2005, 7023/05 (Presse 53), unter: http://www.ue.eu.int/uedocs/cms_Data/docs/pressData/de/misc/84338.pdf.

Transnistrienkonflikts“ an und verabschiedete zwei Aufrufe zur Demilitarisierung und Demokratisierung der Region Transnistrien.⁶

In seiner Erklärung begrüßte das Parlament den ukrainischen Vorschlag als einen wichtigen Schritt zur Stärkung der territorialen Integrität Moldaus. Das Parlament stellte jedoch fest, dass der ukrainische Plan einige wichtige Punkte ausklammerte. So würden der Abzug der russischen Truppen und die Demilitarisierung der Region Transnistrien gar nicht erwähnt, es fehlten konkrete Vorschläge für die Demokratisierung der Region und auch auf die Errichtung einer Grenzkontrolle für den transnistrischen Abschnitt der moldauisch-ukrainischen Grenze werde nicht eingegangen. Darüber hinaus kritisierte das Parlament mehrere Bestimmungen des ukrainischen Vorschlags, so z.B. die Beteiligung der Region Transnistrien an der Gestaltung der moldauischen Außenpolitik und die Einrichtung einer Schlichtungskommission. Beide Bestimmungen verletzten nach Ansicht des moldauischen Parlaments die Souveränität der Republik Moldau. Das Parlament beharrte darauf, den Konflikt im Rahmen der moldauischen Verfassung durch den Dialog mit einer neuen, demokratisch gewählten transnistrischen Führung zu lösen.

In seinem „Aufruf bezüglich der Prinzipien und Bedingungen der Entmilitarisierung der Region Transnistrien“ stellte das Parlament eine Reihe von Bedingungen für die Demilitarisierung der transnistrischen Region, so z.B. den vollständigen Abzug der russischen Truppen und Munition und die Umwandlung der derzeitigen *Peacekeeping*-Operation in eine internationale Mission bestehend aus militärischen und zivilen Beobachtern unter dem Mandat der OSZE. Das Parlament forderte darüber hinaus die Auflösung transnistrischer Militäreinheiten und die Vernichtung ihrer Waffen und Ausrüstung durch eine internationale Mission bestehend aus militärischen und zivilen Beobachtern sowie die Umschulung des Personals der transnistrischen Einheiten.

In seinem „Aufruf bezüglich der Förderung von Prinzipien der Demokratisierung im transnistrischen Gebiet der Republik Moldau“ betonte das Parlament, dass freie und demokratische Wahlen in Transnistrien nicht möglich seien, wenn nicht zuvor „ein weitreichender und umfassender Demokratisierungsprozess“ unter internationaler Kontrolle und Überwachung in Gang gesetzt würde. Dazu gehörten die Auflösung des „Ministeriums für Staatssicherheit“, die Reform der transnistrischen Justiz, die Freilassung der noch in Haft befindlichen Angehörigen der so genannten Ilascu-Gruppe und die Beseitigung aller Hindernisse für die Tätigkeit moldauischer politischer Parteien sowie unabhängiger Medien und nichtsstaatlicher Organisationen in der Region. Der Appell forderte außerdem demokratische Wahlen in der Region, die von einer von der OSZE mandatierten internationalen Wahlkommission organisiert werden sollten, die ihre Arbeit mindestens fünf Monate vor dem Wahltag aufzunehmen habe, sowie die Beschränkung des Wahlrechts auf Staatsangehörige der Republik Moldau.

6 Monitorul Oficial al Republicii Moldova, Nr. 83-85 (1682-1684), 17. Juni 2005, Pos. 385.

Auf der Grundlage dieser drei Dokumente und des Juschtschenko-Plans verabschiedete das moldauische Parlament am 22. Juli 2005 das Gesetz über die Grundprinzipien der besonderen Rechtsstellung der Siedlungen am linken Ufer des Nistru (Transnistrien).⁷ Das Gesetz legt in enger Anlehnung an das Gesetz über die besondere Rechtsstellung der autonomen Region Gagausien im Süden Moldaus fest, dass eine „autonome territoriale Einheit“ mit einer besonderen Rechtsstellung – Transnistrien – als integraler Bestandteil der Republik Moldau geschaffen wird, die über eigene Symbole, eine eigene Verfassung, ein eigenes Gesetzgebungsorgan – den Obersten Sowjet – und eigene, noch nicht näher bestimmte Exekutivorgane verfügt. Transnistrien entscheidet in Fragen seiner rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung selbständig im Interesse der Gesamtbevölkerung der Region. Seine Verfassung und die regionale Gesetzgebung dürfen nicht im Widerspruch zur moldauischen Verfassung und anderen Gesetzen Moldaus stehen. Transnistrien hat das Recht, in Einklang mit der Gesetzgebung der Republik Moldau eigene Außenkontakte in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technik und Humanitäres zu unterhalten. Die Gerichte der Region, die regionale Staatsanwaltschaft, der Sicherheitsdienst und das Innenministerium sind Teil der einheitlichen nationalen Strukturen Moldaus. Die Amtssprachen der Region sind Moldauisch (in lateinischer Schrift), Russisch und Ukrainisch, wobei die beiden Erstgenannten in transnistrischen Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen im internen Schriftverkehr und in der Korrespondenz mit nationalen Behörden verwendet werden. Das Gesetz kann nur mit einer Dreifünftelmehrheit geändert werden, die genaue Kompetenzverteilung wird in einem Gesetz über den Sonderstatus Transnistriens festgelegt.

Gleichzeitig legt das Gesetz fest, dass Verhandlungen über die Kompetenzverteilung und den endgültigen Status der abtrünnigen Region erst nach deren Entmilitarisierung und Demokratisierung geführt werden, wozu auch die Durchführung demokratischer Wahlen zum transnistrischen Obersten Sowjet unter Aufsicht einer von der OSZE mandatierten internationalen Wahlkommission gehört. Bis dahin soll lediglich über die Entmilitarisierung und Demokratisierung der Region Transnistrien verhandelt werden, wie es das Parlament am 10. Juni festgelegt hat.

Nach der Annahme des Gesetzes verabschiedete die moldauische Regierung am 30. Juli zwei Beschlüsse, die als interne Garantien für Transnistrien dargestellt werden.⁸ Der erste Beschluss verpflichtete die zuständigen Regierungsstellen, bis zum 1. Oktober 2005 Gesetzentwürfe und Beschlussvorlagen zu grundlegenden Garantien für die transnistrische Bevölkerung in Bezug auf Eigentumsrechte, Gehälter, Löhne und Renten, Gesundheits- und Sozialfürsorge sowie den Erhalt von beruflichen Positionen und die Anerkennung

7 Monitorul Oficial al Republicii Moldova, Nr. 101-103 (1700-1702), 29. Juli 2005, Pos. 478.

8 Monitorul Oficial al Republicii Moldova, Nr. 104-106 (1703-1705), 5. August 2005, Pos. 858-859.

von Dienstzeiten für Mitarbeiter der transnistrischen „staatlichen“ Verwaltung vorzulegen. Zusätzlich soll dieser Personengruppe der Zugang zu vergleichbaren Positionen überall in Moldau garantiert werden. Davon ausgenommen sind allerdings die Führungen der transnistrischen Miliz und der „Zoll-“ und „Grenzschutzdienste“ sowie die Angestellten des zentralen Apparats des transnistrischen „Ministeriums für Staatssicherheit“. Die vorgeschlagenen Garantien sollen gleichzeitig mit dem zukünftigen Gesetz über die besondere Rechtsstellung Transnistriens in Kraft treten.

Der zweite Regierungsbeschluss führt – wenn auch in modifizierter Form – die Vorschriften für die befristete Registrierung transnistrischer Unternehmen wieder ein, die während der Krise im Sommer 2004 ausgesetzt worden waren. Dieser Beschluss wird jedoch erst dann wirksam, wenn eine neuere Verordnung der ukrainischen Regierung in Kraft tritt, die den Import einer Vielzahl von Gütern von Moldau in die Ukraine auf mehrere Zollstellen an der moldauisch-ukrainischen Grenze außerhalb Transnistriens begrenzt.

Erhöhung von Vertrauen und Sicherheit – neue Initiativen der OSZE

Eine weitere dringliche Angelegenheit für die OSZE ist nach wie vor die Anwesenheit ausländischer Truppen in der Region Transnistrien sowie die hohe Militarisierung der Region insgesamt. Nach dem Gipfeltreffen von Istanbul im Jahr 1999, auf dem sich die Russische Föderation verpflichtet hatte, ihre Truppen bis Ende 2002 abzuziehen, wurde die OSZE-Mission in Moldau damit beauftragt, die Transparenz der Beseitigung und Zerstörung russischer Munition und Waffen sowie die Koordinierung der finanziellen und technischen Hilfe zur Erleichterung des Abzugs oder der Zerstörung vor Ort zu gewährleisten.

Seit 1999 hat die OSZE die Zerstörung von mehr als 500 schweren Waffen, den Abzug von über 1.300 Soldaten und 22.000 Tonnen Munition sowie den Abtransport militärischer Ausrüstung mit insgesamt elf Güterzügen unterstützt, beobachtet und verifiziert. Weitere 40.000 Kleinwaffen und leichte Waffen sollen ebenfalls zerstört worden sein; diese Information konnte allerdings nicht von der OSZE-Mission verifiziert werden. Der Abzug kam jedoch im Jahr 2004 völlig zum Erliegen; weitere 20.000 Tonnen Munition sowie einiges an militärischer Ausrüstung sind daher noch immer zu beseitigen. Theoretisch wäre das in weniger als sechs Monaten zu bewältigen und die OSZE-Mission und andere Funktionsträger der OSZE drängen weiterhin auf eine zügige Wiederaufnahme des Prozesses. Eine der Hauptaufgaben der Mission in den Jahren 2005/2006 wird es sein, auf diesem Gebiet weitere Fortschritte zu machen.

In der ersten Hälfte des Jahres 2004 erarbeitete die OSZE-Mission 14 Abkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), die dazu dienen sollen, den hohen Grad an Militarisierung auf beiden Seiten zu

verringern und das Vertrauen zwischen ihnen zu erhöhen. Sie wurden den moldauischen und transnistrischen Führern im Juni 2004 vom Amtierenden Vorsitzenden der OSZE präsentiert. Auf einem Treffen am 14. und 15. Dezember 2004 vereinbarten die drei Vermittler, dass die Mission einen zweiten Entwurf des VSBM-Pakets vorbereiten sollte, in das auch die Kommentare und Vorschläge von russischen und ukrainischen Militärexperten einfließen sollten. Am 21. Juni 2005 einigten sich die Vermittler auf die revidierte Fassung des Pakets und übergaben sie am 12. Juli den jeweiligen Parteien.

Zentrale Bestandteile des VSBM-Pakets sind ein „Abkommen über den Abbau von Streitkräften, Waffen und Gerät“ und ein „Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen“. Beide schlagen eine Reihe möglicher Maßnahmen vor, die rasch umgesetzt werden könnten und zu verstärkten Kontakten zwischen den Parteien und konkreten Resultaten bei der Entmilitarisierung führen würden. Das Abkommen sieht eine jährliche Reduzierungsquote von 20 Prozent bei schwerem militärischen Gerät und einen Personalabbau um zehn Prozent pro Jahr vor, beides soll ein Jahr nach Unterzeichnung beginnen. Die Parteien sollen – so der Vorschlag – nach drei Jahren eine Prüfung vornehmen und dabei das endgültige Ziel für die Reduzierungen festlegen. Das könnte die völlige Demilitarisierung sein, der Prozess könnte aber auch zu einer verkleinerten, aber vereinigten moldauischen Armee führen. Das Paket enthält darüber hinaus Vorschläge für erweiterte Kontakte, Überwachung von Rüstungsfabriken, gemeinsame Schulungen für Friedenseinsätze, gemeinsame Katastrophenhilfeeinsätze und gemeinsame Verfahren bei der Beseitigung überschüssiger Munition und Kleinwaffen. Einige der Maßnahmen können ohne Bezug auf andere Maßnahmen oder Protokolle umgesetzt werden. Andere sind miteinander verbunden und müssten gebündelt implementiert werden. Das Gesamtpaket stellt ein umfassendes Regime zur Risikominderung dar. Fast alle der vorgeschlagenen Maßnahmen beruhen auf bereits bestehenden VSBM, die sich in der OSZE-Region bewährt haben, wie z.B. der KSE-Vertrag, das Dayton-Abkommen, das Wiener Dokument 99, die Praxisleitfäden der OSZE zu Kleinwaffen und leichten Waffen und das OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition.

Anstelle einer Schlussfolgerung: Die Notwendigkeit des Dialogs

Nach einem Sommer voller konstruktiver Arbeit und Hoffnung im Jahr 2003 und einem Sommer der Krise und der Eskalation im Jahr 2004 war der Sommer 2005 von neuen Initiativen geprägt, aber auch von tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten. Die Reaktion der transnistrischen Seite und der Russischen Föderation auf die Idee, Vertreter der EU und der USA zu den Verhandlungen einzuladen, war bestenfalls verhalten. Das moldauische Gesetz über die Grundprinzipien des Status Transnistriens fand im Land selbst

breite Unterstützung, wurde aber östlich wie westlich von Chişinău mit einer gehörigen Portion Skepsis, wenn nicht mit blanker Ablehnung aufgenommen. Die grundsätzlichen Differenzen in den Positionen und Perzeptionen links und rechts des Nistru werden nicht leicht zu überwinden sein. Es wäre jedoch unverantwortlich, in den Bemühungen um die Förderung des Dialogs zwischen beiden Parteien nachzulassen. Auch wenn eine Eskalation der im Herbst 2003 plötzlich eingetretenen Krise verhindert werden konnte, wurden bislang keine tragfähigen Lösungen gefunden; das Potenzial für weitere Störungen im Friedensprozess oder eine Eskalation der Krise besteht fort. Zugleich haben beide Parteien seit langer Zeit praktisch kein funktionierendes Diskussions- und Dialogforum mehr. Weder die Gemeinsame Kontrollkommission noch die Verhandlungen über eine politische Beilegung des Konflikts waren im vergangenen Jahr voll funktionsfähig. Zwar haben der Regierungswechsel in der Ukraine und das verstärkte Interesse der EU an einer Lösung des Konflikts neue Initiativen hervorgebracht und einen neuen Anstoß für Gespräche geliefert und auch die offizielle Wiederaufnahme der Verhandlungen unter Beteiligung der EU und USA lässt auf Fortschritte hoffen; bei Drucklegung dieses Beitrag waren wichtige Fragen jedoch noch offen. Das betrifft nicht nur die Frage nach dem künftigen Status Transnistriens, sondern auch die Lösung der Krise in Dorotcaia, die Chancen für wirklich transparente und demokratische Wahlen in Transnistrien und die möglichen Auswirkungen der EU-Grenzüberwachungsoperation auf die Konfliktlösung.

Auch wenn weiterhin eine umfassende politische Lösung des Transnistrienkonflikts angestrebt wird, darf man nicht vergessen, dass die politischen Faktoren, die dem Konflikt in den späten 1980er und frühen 1990er Jahre zugrunde lagen, längst verschwunden sind. Es gibt keine historischen, ethnischen, religiösen oder anderen Gründe für einen Konflikt zwischen den Bewohnern des linken und des rechten Ufers des Nistru. Die Hauptgründe für die fortgesetzte Teilung des Landes sind vielmehr die wirtschaftlichen Interessen der Eliten. Führende politische und vor allem wirtschaftliche Kreise in der Region scheinen sich an den Status quo einer geteilten Republik Moldau mit einer nicht anerkannten und unkontrollierten Region links des Nistru gewöhnt zu haben. Diese Kreise haben Möglichkeiten gefunden, aus dieser Situation Kapital zu schlagen, und scheinen nun zu fürchten, dass eine Veränderung – in Form einer Lösung des Konflikts und der Wiedervereinigung des Landes – ihren wirtschaftlichen Wohlstand gefährden könnte.

Gleichzeitig leidet die Mehrheit der Bevölkerung auf beiden Seiten des Flusses unter den Folgen des ungelösten Konflikts. Ohne eine dauerhafte politische Lösung wird die Region auch weiterhin politisch instabil sein. Diese Instabilität wird möglicherweise lange Zeit auf einem niedrigen Niveau bleiben – eine Garantie gibt es dafür jedoch nicht. Auf jeden Fall aber wird diese Instabilität Moldau in seinem Streben nach Einbindung in größere europäische politische, wirtschaftliche und soziale Strukturen behindern.

Darüber hinaus verhindert die fortgesetzte Existenz einer nicht anerkannten Gebietseinheit unvermeidlich die verlässliche Implementierung allgemein anerkannter internationaler Abkommen, Standards und Verfahren. Den Staaten in der Region und der internationalen Gemeinschaft fehlt die Handhabe für die Ausübung einer wirksamen Kontrolle, für die Implementierung internationaler Abkommen und für die Durchsetzung allgemein anerkannter Standards in Transnistrien. Diese Überlegungen allein sprechen zwingend für die Beilegung des Konflikts, nicht nur um die Integration Transnistriens in die Republik Moldau als notwendigen ersten Schritt in Richtung einer regionalen und europäischen Integration zu ermöglichen, sondern auch um die Implementierung international anerkannter Normen und Abkommen sicherzustellen.